

Rundschlag

VON PETER SCHWARZ

Eine Dosis Schwabenstolz

Um Himmels willen, nein, diese grün-rote Landesregierung gibt einem nicht nur Anlass zur Freude. Bis sie zum Beispiel endlich einsah, dass die staatlichen und polizeilichen Skandale, Pannen, Verstrickungen rund um den Nationalsozialistischen Untergrund in einem Untersuchungsausschuss beleuchtet werden müssen, vergingen oberpeinliche, blamable Monate.

Aber dass Menschen, bloß weil sie anders begehren und anders lieben als Mama und Papa zu Hause im Ehebett, nicht diskriminiert werden dürfen und auch nicht bloß halblebig „geduldet“ und gönnerhaft „toleriert“, sondern angenommen, geschätzt und respektiert werden sollten, wie sie sind: Dazu bekennt Grün-Rot sich jetzt wirklich mal ausgesprochen schwungvoll mit dem „Aktionsplan Akzeptanz und gleiche Rechte“ (siehe Artikel rechts). Und dafür ein dickes Lob.

Homosexualität sei eine Prüfung Gottes und eine Krankheit, die „ganz einfach mit Beten und Fasten geheilt werden kann“. Der Staat müsse „unser Kinder“ schützen vor den „pathologischen Repräsentanten des Homosexu- alismus“ und ihrer „aggressiven Propaganda“ – dies sind, dem Himmel sei Dank, keine Zitate aus der Debatte um den Aktionsplan; es sind die markigen Sprüche führender russischer Politiker. In Russland drohen Schwulen und Lesben, die sich in der Öffentlichkeit bekennen, anstatt sich schamvoll und geduckt zu verstecken, seit einer Gesetzesnovelle 2013 Geldstrafen und sogar Haft.

Seien wir also zur Abwechslung einfach mal stolz auf unser menschenfreundliches Ländle. Baden-Württemberg steht ein für Akzeptanz und gleiche Rechte, und im Vorwort zum Aktionsplan schreibt Katrin Altpeter: „Der Abbau von Benachteiligungen und Ausgrenzung aufgrund des Geschlechts, der Nationalität, ethnischer Herkunft, von Religion oder Weltanschauung, von Behinderung, von Alter, sexueller Orientierung und Identität stärkt das friedliche, demokratische Gemeinwesen.“ Genau.

„Vielfalt, die es gibt, anerkennen!“

Das fordert Sozialministerin Katrin Altpeter, Waiblingen, die gegen die Diskriminierung Homo- und Transsexueller eintritt

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED PETER SCHWARZ

Waiblingen/Stuttgart. Gestern hat das Kabinett den von heftigen Kulturkämpfen umloderten „Aktionsplan für Akzeptanz und gleiche Rechte“ beschlossen – federführend verantwortlich: Sozialministerin Katrin Altpeter, Waiblingen. Ein Gespräch mit ihr über Familie und Vielfalt, Ängste und den Mann namens Jacqueline.

„Im Grunde“ seufzt Katrin Altpeter, „ist es banal“: Es geht bei dem Aktionsplan darum, die Menschen gelten zu lassen, wie sie sind; anzunehmen mit ihren Eigenheiten und Besonderheiten; zu stärken gegen Anfeindungen; jedem das Recht zu gewähren, dass er sich verwirklichen kann nach seinem Vermögen, seiner Neigung, seinen Anlagen, niemanden auszugrenzen, anzupöbeln, auszulachen, nur weil er oder sie, wie einen gängigen Sprachgebrauch zu zitieren, „so rum“ oder „anders rum“ ist.

„Banal“? Gegen diesen Aktionsplan erschallt dieser Tage ein Donnerwetter des Protests. „Widerstand ist Pflicht!“, trommeln Kundgebungsorganisatoren, als gelte es, himmelschreiendes Unrecht zu vermindern. Einen „Frontalangriff auf das Leitbild der Familie“ witterte ein Stuttgarter CDU-Politiker, ein „Umerziehungsprogramm“ drohe, warnen andere. Frau Altpeter, sind Sie so was wie ein weiblicher Mao Tse-Tung? Wollen Sie die heile Welt aus Vater, Mütter, Kindern brutal zerschlagen? Oder sind Sie die willfährige Vollstreckungshelfin einer Weltverschönerung der allgegenwärtigen „LSBTIQ-Lobby“, der lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, transgendergeprägten, queeren Kampfgeschwader (Begriffserklärungen siehe „Der Aktionsplan – darum geht es“)?

Ach herrje, gesteht Altpeter, „ich muss offen sagen, dass ich mit so heftigen Tönen nicht gerechnet hatte“. Verschüchert wirkt sie allerdings nicht – im Gegenteil: Der wütende Einspruch gegen einen Aktionsplan zum Abbau von Diskriminierungen „hat mir sehr deutlich gemacht, dass es im Bereich Akzeptanz und Toleranz schon noch Nachholbedarf gibt“.



Teilnehmer „aus aller Herren Bundesländer“ zusammengetrommelt. Zum anderen aber räumt Katrin Altpeter ein: Es gebe „Sorgen und Ängste“, die sie „ernst nehmen“, wenn auch nicht teile. Manche fürchten, Grün-Rot wolle „der Lebens-



form der traditionellen Familie“ den Garau machen. „Das ist natürlich mitnichten der Fall. Selbstverständlich wollen wir nicht diese Form der Familie durch etwas Neues ersetzen“, sondern schlicht „eine Vielfalt, die es gibt, anerkennen“.

Der Aktionsplan – darum geht es

■ Ein Kernsatz des Aktionsplans: „Die Landesregierung setzt sich für eine **Öffnung der Ehe** für Partnerinnen gleichen Geschlechts ein. Angesichts des gesellschaftlichen Wandels und der damit verbundenen Änderung des Eheverständnisses sind keine dauerhaften Gründe mehr erkennbar, homo- und heterosexuelle Paare unterschiedlich zu behandeln und am Ehehindernis der Gleichgeschlechtlichkeit festzuhalten.“ Weitere Anliegen: Die Landesregierung will unter anderem ...

■ **Beratungs- und Unterstützungsangebote** aufbauen, an die sich lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, transgender, intersexuelle und queere Menschen (Erklärungen der Begriffe am Textende) wenden können bei Problemen,

■ **Akteure** in Vereinen, Jugend- und Sozialarbeit, Pflege und Behindertenhilfe, Forschungseinrichtungen und Hochschulen für das Thema sensibilisieren,

■ **Menschen mit Migrationshintergrund** helfen, die wegen ihrer sexuellen Identität oder Orientierung unter Diskriminierungserfahrungen leiden,

■ **Erinnerungsarbeit** leisten und das Gedenken bewahren an Menschen, die wegen ihrer sexuellen Identität oder Orientierung verfolgt wurden, zum Beispiel im Nationalsozialismus,

■ dafür eintreten, dass in **Betrieben und Firmen** Diskriminierung nicht stattfindet.

■ **Begriffserklärungen:** Eine **lesbische Frau** liebt und begehrt Frauen; ein **schwuler Mann** liebt und begehrt Männer; **Transsexualität** bedeutet laut Weltgesundheitsorganisation das Bedürfnis, als Angehöriger des anderen Geschlechtes zu leben und anerkannt zu werden; **Transgender** ist eine Bezeichnung für Menschen, die sich mit der Geschlechterrolle, die ihnen bei der Geburt aufgrund der anatomischen Merkmale zugewiesen wurde, nicht identifizieren; **intersexuelle** Menschen werden mit einem Körper geboren, der nicht der medizinischen Norm von „eindeutig männlich“ oder „eindeutig weiblich“ entspricht; **Queere** sind Menschen, die offen benennen, dass sie quer zur vorherrschenden heterosexuellen und zweigeschlechtlichen Norm stehen.

Homosexualität oder Transsexualität, also das Gefühl der Nichtzugehörigkeit zum eigenen anatomischen Geschlecht – all das ist doch „nichts, was Grün-Rot erfunden hat“. In den vergangenen Wochen hat Altpeter mit vielen Aktionsplan-Skeptikern gesprochen, und immer wieder sagte sie: Mensch, Leute, schon früher habt ihr doch in jedem Dorf einen gehabt, der als „irgendwie komisch“ galt, eine, die zum Verwandtschaftsfest nie einen Mann mitbrachte, einen, der heimlich Frauenkleider trug“. Was die Leute antworteten, „war interessant: Ha ja, du hast recht, bei uns hieß der Jacqueline.“

Nur wurden früher Menschen, die irgend- wie durchs Raster der sogenannten Normalität fielen, allenfalls geduldet, ihr Anderssein wurde verdrängt, ausgeblendet, ignoriert oder nach dem dritten Viertele bespöttelt. Und die Betroffenen blieben von aggressiver Ausgrenzung oft genug nur deshalb verschont, weil sie sich geduldeten, kleinmachten, einen wichtigen Teil ihrer selbst penivoll verheimlichten, ängstlich verschwiegen wie einen unheilbaren Makel und ihr So-Sein höchstens verstoßen aus- leben in irgendwelchen Nischen fernab des Dorfes. Wie viel seelisches Elend haben Menschen erlitten, weil sie sich nicht in ihrer Ganzheit angenommen fühlen durften? Weil sie sich selbst kaum annehmen konnten unter Druck der Verhältnisse?

Die Altpeter übertreibt's mit ihrem Aktionsplan, sagen die sanfteren unter den Kritikern: Ich hab nichts gegen Schwule – aber muss die so viel Wind darum machen? Die Ministerin antwortet mit einem unmittel- bar eingängigen Bild: „Solange schwule Sau ein normaler Ausdruck ist, sind wir von Toleranz noch ein Stück weit weg.“

Siehe „Rundschlag“

Kompakt

Junge Menschen in der Jugendarbeit gesucht

Backnang. Der Kreisjugendring mit Hauptsitz in Backnang sucht noch junge Menschen, die Interesse haben, ab September 2015 ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) abzuleisten. Voraussetzungen sind Flexibilität, Aufgeschlossenheit und das Interesse an Jugendarbeitsthemen sowie die Vollendung des 18. Lebensjahres und der Besitz des Führerscheins. Bewerbungen an den Kreisjugendring Rems-Murr in Backnang, Marktstraße 48, E-Mail: simon.maier@jugendring-rem.de.

Regionalexpress wird umgeleitet

Waiblingen. Bis Donnerstag, 25. Juni, erneuert die Bahn im Bahnhof Neustadt-Hohenacker. Aufgrund der Bauarbeiten kommt es an diesem Wochenende zu Fahrplanänderungen. RE-Züge werden zwischen Stuttgart und Backnang ohne Halt über Ludwigsburg/Marbach umgeleitet. Die Halte Stuttgart-Bad Cannstatt, Waiblingen und Winnenden entfallen. RE-Züge ab Stuttgart Hbf fahren fünf Minuten früher, ab Backnang wieder im Regelfahrplan. RE-Züge kommen in Stuttgart Hbf sechs Minuten später an.

Gesprächsrunde für Trauernde

Backnang. Die Hospizstiftung Rems-Murr lädt trauernde Menschen jeglichen Alters dazu ein, am Freitag, 19. Juni, von 17 bis 19.30 Uhr miteinander ins Gespräch zu kommen. Treffpunkt ist der Nebenraum im Restaurant Stauffer-Kastell, Korber Höhe, Salierring 5/1 in Waiblingen.

Lohnforderungen in Naturalien einbehalten

Winnenden. Zur Selbsthilfe hat die Beschäftigte einer Winnender Gaststätte gegriffen und sich ihren Lohn in Naturalien geholt. Wie die Polizei mitteilt, hat die Frau, weil der Wirt ihr über einen längeren Zeitraum das Gehalt nicht zahlte, in den vergangenen Tagen eine Registrierkasse, einen PC, ein Mischpult und sieben Lautsprecher im Gesamtwert von etwa 10 000 Euro mitgenommen.

Der Kulturkampf: Chronik einer Zuspitzung

Begonnen hatte alles eher harmlos. Den Plan zu erstellen, war als „Auftrag im Koalitionsvertrag“ festgeschrieben. Also gründete Altpeter einen Beirat, der sich um die Ausgestaltung des Vorhabens kümmern sollte. Dass die Ministerin dabei zur Geisel in den schrecklichen Fängen schwullesbischer Interessengruppen geworden sei, „ist völliger Quatsch“. Im Beirat saßen nämlich auch: Vertreter aller vier Landtagsfraktionen, Abgesandte der Wohlfahrtsverbände, Sprecher der kommunalen Spitzenverbände. Dazu gab es Online-Befragungen und vier Regionalveranstaltungen, „auch die Kirchen waren da jeweils dabei“.

Wie aber konnte die Stimmung sich dann so giftig aufschaukeln? Altpeter hat dafür zwei Erklärungsansätze.

Zum einen habe eine „bestimmte Gruppe von Menschen“ die Pläne „zum Anlass genommen, um bei anderen Angst zu schüren“. Indizien: Ein vorläufiges Arbeitspa- pier zum Aktionsplan, eine Art Brainstorming-Liste und deshalb weit umfangreicher als das, was jetzt beschlossen wurde, „erblickte auf einer AfD-Homepage das Licht der Öffentlichkeit“. Und bei Pro- demos an vorderster Front aktiv sei eben- falls „eine AfD-Abgeordnete“ – sie habe

Martinshorn war vermutlich doch an

Jetzt ist Staatsanwaltschaft am Zug / Zweite Zeugin bestätigt die Korrektheit des Einsatzes

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED PIA EKSTERN

Waiblingen.

Neues in Sachen Anzeige gegen die Fahrer eines Notarztwagens, der am Montag, 8. Juni, gegen 8 Uhr aus Waiblingen nach Stuttgart-Neugereut fuhr: Inzwischen hat eine zweite Zeugin erklärt, dass das Martinshorn eingeschaltet war.

Die 35 Jahre alte Rettungssassistentin betont dies ebenfalls. Die Polizei geht inzwischen davon aus, dass das Verfahren eingestellt wird. Sie habe das Martinshorn „definitiv“ angehabt, habe die 35-jährige Rettungssassistentin ihm bei der Vernehmung am Montag, 15. Juni, erklärt, sagt Peter Kaiser, Polizeihauptmeister beim Posten Fellbach-Schmidlen und betraut mit der Ermittlung in Sachen Anzeige gegen die Notarztwagen-Fahrerin. Sie mache Blaulicht und Martinshorn immer im Hof des DRK an und das sei auch an jenem Montag vor einer Woche so gewesen. Sie habe auf dieser

Fahrt nach Neugereut ständig überholt, schließlich sei Berufsverkehr gewesen. Es habe aber nicht eine brenzlige Situation gegeben; ihr sei nichts aufgefallen.

Die Rettungssassistentin, so Peter Kaiser, fahre seit elf Jahren bis zu fünf Einsätze täglich. Sie sei bislang nie polizeilich aufgefallen: Weder sei eine Anzeige gegen sie erstattet worden, noch habe sie einen Unfall mit dem Martinshorn erlebt. Die Aussage der Rettungssassistentin glaubwürdig. Vor allem, weil in den neuen Einsatzfahrzeugen, ganz gleich, ob Polizei oder Rettungswagen, das Martinshorn kaum mehr zu hören sei. Es nerve nicht mehr, wie der Ton früher, bei dem man sich wieder habe unterhalten noch den Funk hören können. Deshalb seien die Martinshörner früher oft ausgeschaltet worden. Das sei jetzt nicht mehr nötig.

Unterstützt wird die Aussage der Rettungssassistentin inzwischen von einer zweiten Zeugin: Aussage: Eine Frau gibt wie der erste Zeuge an, vom Notarztwagen überholt worden zu sein. Und zwar noch im Tunnel und mit Martinshorn. Beide Zeugen, so Kaiser, seien glaubwürdig.

Die Aussage der Notärztin, die von der Rettungssassistentin zum Einsatz gefahren worden war, hilft nicht bei der Aufklärung.

Sie kann sich schlichtweg nicht mehr erinnern. Die Rettungssassistentin war, so sagt Kaiser, bei der Vernehmung „fix und fertig“. Sie hatte von der Anzeige gegen sie aus der Presse erfahren. Denn sie war vor der Veröffentlichung Nachtschicht gefahren und daher am frühen Morgen nicht zu erreichen gewesen.

Signal wohl einfach überhört

Peter Kaiser hat allerdings auch Verständnis für jene Frau, die Anzeige erstattet hatte. Die neuen Martinshörner, sagt Kaiser, seien längst nicht mehr so früh zu hören wie die alten. Es könne gut sein, dass die Frau das Alarmsignal einfach nicht wahrgenommen habe und sich dann wegen des für sie plötzlich auftauchenden riesigen Notarztwagens fürchtete erschreckt habe. Immerhin sei ihrem kleinen Renault Clio ein SUV Audi Q5 entgegengekommen. Dass die Frau ob ihrer Anzeige inzwischen so angefeindet und verunglimpft wird, findet er nicht in Ordnung.

Die Notärztin muss nun ihre Aussage noch schriftlich zu Protokoll geben, dann kommen die Unterlagen zum Fall nach Stuttgart zur Staatsanwaltschaft.

Räuber-Trio klaut Bub das Handy

Polizei schnappt drei Jugendliche

Winterbach.

Auf das teure Handy eines Zwölfjährigen hatte es ein Räubertrio am Montag-nachmittag in Winterbach abgesehen. Die Polizei hat die 13-, 15- und 16-jährigen Täter geschnappt. Der Junge war mit der S-Bahn von Schorndorf nach Winterbach gefahren und schon beim Aussteigen am Bahnhof von drei Tatverdächtigen in ein kurzes Gespräch verwickelt worden. Gegen 13.30 Uhr, als der Junge mit einem Freund seinen Nachhauseweg fortgesetzt hatte, wurde er im Bereich der Salierringhalle aus der Gruppe von drei Jugendlichen heraus körperlich angegangen. Einer der drei Räuber packte den Bub von hinten am Schulranzen, riss ihn und verletzte ihn leicht mit einem Tritt gegen den Oberschenkel. Aus der Hosentasche des auf dem Boden liegenden Opfers holte der 13-Jährige ein Mobiltelefon im Wert von mehreren Hundert Euro. Anschließend flüchtete die Gruppe, wurde aber im Rahmen der polizeilichen Fahndungs- und Ermittlungsmaßnahmen geschnappt. Die drei Jugendlichen müssen sich nun strafrechtlich verantworten, schreibt die Polizei abschließend.